Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Felix Krahnert. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Tel.-Adr.: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 30.

Bezugspreis: durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.20 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 75 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 225 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei gerichtlichen Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich geschrieben ist.

Nr. 30. Sonnabend, den 5. Februar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichstag hat sich gestern bis zum 23. Februar vertagt, der Sächsische Landtag setzte seine Sitzungen bis zum 22. Februar aus.

•

Der französische Ministerpräsident gab am Donnerstag die angekündigte Regierungserklärung über die Ergebnisse der Pariser Konferenz ab, aus der hervorging, daß die Strafandrohungen, die für die Abrüstung gelten, auch für die Wiedergutmachung angewendet werden sollen.

•

Staatssekretär Bapf erklärte im Hauptausschuß des Reichstages, man dürfe nur mit 12 Milliarden als Jahresertrag der Einkommensteuer rechnen.

•

Die deutsche Regierung hat die Alliierten um Uebermittlung des Gutachtens ersucht das die Ententesachverständigen in Brüssel erstattet haben.

Lloyd Georges verfehlte Hoffnungen

Rv. In den ernsten Tagen, die das deutsche Volk jetzt durchlebt, ist es von Herzen dankbar für jede freundliche Stimme aus dem neutralen Ausland, die die Forderungen der Entente so nennt, wie sie genannt zu werden verdienen. In all den Ländern, in denen es noch Leute gibt, die einen klaren Kopf behalten haben, und die vom Milliardenwahnsinn nicht benebelt sind, hat es an solchen Stimmen nicht gefehlt. Wir sind, wie gesagt, dankbar dafür, aber wir glauben nicht, daß uns solche Aeußerungen der Sympathie politisch viel nützen werden. Wenn wir aber trotzdem glauben, daß Lloyd Georges Hoffnung auf die zustimmende Haltung der Neutralen sich als verfehlt erweisen wird, so geschieht das aus dem Grunde, weil die jetzt festgelegten Forderungen die Interessen der Neutralen selbst aufs schwerste schädigen. Die Neutralen brauchen den deutschen Markt, und sie brauchen die deutsche Ausfuhr. Würde man aber versuchen, aus uns solche Summen herauszuholen, wie sie jetzt genannt sind, so würde der deutsche Markt nichts mehr aufnehmen können. Würde man auch wirklich daran gehen, den 12prozentigen Ausfuhrzoll zu erheben, so bedeutete das für die Neutralen nichts anderes als einen Einfuhrzoll. Sie müßten die deutschen Waren 12 Prozent teurer bezahlen, und sie wären dadurch gezwungen, die deutsche Schuldenrechnung mit zu begleichen. Was von den Neutralen gilt, gilt auch von Amerika. Im Oeuvre heißt es, daß das Abkommen nur dann Wert hätte, wenn die Vereinigten Staaten ihm beitreten würden, und der Temps äußert sich jetzt dahin, daß Deutschland auf den 4. März hoffe als auf den Tag, an dem Harding den Präsidentenposten antritt. Auch hier gilt, was vorhin gesagt worden ist. Die Hoffnung auf amerikanische Sympathien ist ein sehr schwankender politischer Boden. Dagegen brauchen wir die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die amerikanischen Kaufleute bessere Rechner sind als die Pariser Politiker. Trotzdem wir noch mit Amerika nominell im Kriegszustand leben, sind bereits zwischen den Handelskreisen beider Staaten langlaufende Lieferungs- und Kreditverträge abgeschlossen worden. Diese Verträge sind in Gefahr, und alle zukünftigen Verträge erscheinen unmöglich, wenn der jetzt geplante Zustand Wirklichkeit werden soll. Wir rechnen nicht mit der amerikanischen Sympathie, wir rechnen nicht mit dem Gegensatz zwischen Amerika und der Entente, wir rechnen mit dem gesunden Sinn der amerikanischen Geschäftswelt, weil sie weiß, was wir wissen, daß nämlich Amerika Deutschland braucht und Deutschland Amerika.

Frankreichs Kohlenpolitik.

W. W. Wir haben das Abkommen von Spa erfüllt. Seit dem 1. August hat Frankreich ausgesuchte deutsche Steinkohle erhalten. Trotzdem verlangt Frankreich mit Wirkung vom 1. Februar 200 000 Tonnen monatlich mehr. Da es von der Spa-Lieferung bisher monatlich 1,6 Millionen Tonnen beansprucht, würde sein Anteil auf 1,8 Millionen Tonnen steigen. Diese Forderung ist sinnlos, wie alle wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen, die Frankreich erhoben hat. Selbst wenn der deutsche Bergbau diese neue Belastung tragen könnte, was nicht der Fall ist, wäre die neue französische Forderung unbegründet. Der Sinn unserer Kohlenlieferungen ist der, daß Frankreich die Kohlen ersetzt erhält, die es selbst nicht aus seinen zerstörten Gruben zu fördern vermag. Darauf hat auch der Vertrag von Versailles Rücksicht genommen. Er sieht nicht steigende, sondern sinkende Kohlenration vor, in dem Maße, wie die Wiederherstellung der französischen Gruben fortschreitet.

Die internationale Kohlenlage hat sich unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise völlig verändert. Ueberall, mit Ausnahme Deutschlands und einiger osteuropäischer Länder, besteht Kohlenüberfluß, am stärksten in Frankreich, so daß in den Bergbaubetrieben vielfach schon Feierschichten eingelegt werden mußten. Frankreich hamstert und spart offenbar Kohlen. Der Spartrieb ist bei den Franzosen besonders ausgebildet. Das gilt nicht nur für den Bauern und Bürger, sondern auch für die französische Wirtschaftspolitik. Sie war vor dem Kriege darauf abgestellt, aus Frankreich und seinen Kolonien ein abgeschlossenes und in sich genügsames Wirtschaftsgebiet zu schaffen. Aus diesem Geist ist auch die Versailler Politik geboren. Deutschland soll wie eine Zitrone ausgepreßt werden. Was es an wirtschaftlichen Werten besitzt, will Frankreich zur Vergrößerung seines Nationalreichtums haben, da der Krieg für die Franzosen von Beginn an nur ein Beutezug war. Alle Kriege, die die Franzosen in Europa und anderen Erdteilen geführt haben, waren Beutezüge. Deutschland hat nur Einigungskriege geführt, was sowohl von den Kriegen Friedrich des Großen gilt, wie von denen in der Bismarckschen Zeit. Weil Frankreich aus dem großen Kriege nicht soviel Beute hereingebracht hat wie zum Beispiel England, deshalb die rachsüchtige und unversöhnliche Politik gegen Deutschland. Es soll nützen, daß der französische Gewinn in Kleinasien fragwürdig ist und einstweilen viel Geld kostet. Auch die Kohlenforderungen gehören zu dieser Beute- und Rachepolitik. Frankreich braucht die Kohlen garnicht. Sein Bedarf vor dem Kriege überstieg niemals 60 bis 70 Millionen Tonnen im Jahre. Es besaß keine Schwerindustrie, sondern war immer der Kleinbürger- und Bauernstaat, mit einer hochentwickelten Luxusindustrie. Frankreichs eigene Kohlenförderung hat sich wieder bis 35 Millionen Tonnen gesteigert. Es erhält von Deutschland rund 20 Millionen und bezieht außerdem wie vor dem Kriege englische Kohlen. Dazu kommt der glatte Gewinn der lothringischen und der Saarkohle. Frankreich erstickt also im Kohlenüberfluß. Tatsache ist, daß im Kohlenbecken von Chalons-sur-Saone Feierschichten eingelegt werden mußten. Die Kohlen türmen sich auf den Halden der Zechen, ohne daß eine Absatz- und Verwendungsmöglichkeit besteht. Nicht Verkehrsschwierigkeiten sind die Ursache, sondern die glatte Unmöglichkeit des Verkaufs. Frankreich ist ebenso von einer schweren Wirtschaftskrise geschüttelt, wie andere Länder. Aber die französischen Staatsmänner sehen nicht, daß ihre Politik die Ursache der Krise ist.

Kleine politische Meldungen.

Nachgiebigkeit Deutschlands? Wie rechtsstehende Blätter erfahren haben wollen, habe sich das Reichskabinett dahin entschieden, die neuen Bestimmungen der Entente über die Entwaffnung im allgemeinen anzunehmen. Mit der Entwaffnung der ostpreußischen Festungen werde schon in den nächsten Tagen begonnen. Die Verhandlungen mit Bayern würden unverzüglich aufgenommen. Ueber in den Nebenfragen noch bestehende Differenzen mit den Alliierten werde eine neue Note nach Paris gesandt werden.

Eine abgelehnte Einladung. Der erste Delegierte der deutschen Delegation für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, hat eine Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. Februar erhalten. Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse befaßt sei und hierbei die Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren kann.

Noch keine Einladung nach London. Eine Einladung Deutschlands nach London liegt auch heute noch nicht vor. Wenn der Petit Parisien behauptet, der erste Delegierte der deutschen Delegation für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, habe geäußert, wir würden nicht nur das Prinzip, sondern auch die mitgeteilte Art der Jahreszahlungen annehmen, so kann festgestellt werden, daß der Staatssekretär eine derartige Zusicherung keinesfalls gegeben hat.

Eberts Geburtstag. Die Deutsche Allgem. Ztg. gedenkt kurz des gestrigen 50jährigen Geburtstages des Reichspräsidenten und sagt: Weite Kreise unseres Volkes, von verschiedenen parteipolitischen Anschauungen, sind in der Anerkennung der persönlichen Leistungen des Reichspräsidenten eines Sinnes. Klug und würdig hat er die Aufgabe seines Amtes wahrgenommen, bei vielen Anlässen für die Nöte und Empfindungen des Volkes das rechte Wort gefunden, in schwierigen Lagen innerhalb der nach der Verfassung ihm zustehenden Befugnisse leitend und ratend, ausgleichend und mäßigend gewirkt.

Erhöhung der indirekten Steuern. Der Reichsfinanzminister hatte angekündigt, daß zur Deckung des durch die Erhöhung der Beamtengehälter entstandenen Fehlbetrages im Reichshaushaltsetat das Gebiet der indirekten Steuern herangezogen werden müsse. Wie jetzt mitgeteilt wird, liegt bereits ein Entwurf vor, der die Erhöhung der Zuckersteuer von 14 auf 100 Mpro Doppelzentner vorsieht. Außerdem befinden sich Entwürfe in Ausarbeitung, die eine Erhöhung der Branntweinabgabe, der Reichsstempelsteuer, des Versicherungsstempels, des Börsenumsatzstempels und die Einführung einer Devisenumsatzsteuer vorschlagen. Ferner wird an die Erhöhung der Umsätze und der Kohlensteuer gedacht.

Eine neue Krise in Oesterreich. Oesterreich steht vor einer neuen Krise. Die vier unteren Beamtenklassen haben neue Gehaltsforderungen nach einer Erhöhung der Bezüge um 80 Prozent aufgestellt. Sie verlangen unter Streikandrohung die Bewilligung bis 15. Februar. Auch die Industriearbeiterschaft Niederösterreichs hat gestern neu befristete Lohnforderungen den Industriellen überreichen lassen.

Eine Abrüstungskonferenz aller Völker. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses hat der Entschließung zugestimmt, die den Präsidenten ermächtigt, die Nationen der Welt einzuladen, Delegierte auf eine Konferenz zu schicken, auf der Maßnahmen über die Abrüstung beschlossen werden sollen.

Aufhebung des japanisch-chinesischen Militärabkommens? In Kreisen des Staatsdepartements in Washington erwartet man, daß das japanisch-chinesische Militärabkommen, das eine Zusammenarbeit gegen feindliche Einflüsse auf russischem und koreanischem Gebiet zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit im fernen Osten vorsieht, nach zweijährigem Bestehen durch Notenwechsel außer Kraft gesetzt werden wird.

Stadtverordnetensitzung in Aue.

a. Zum zweiten Male trat gestern in diesem Jahre das Stadtverordnetenkollegium zusammen, um eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung aufzuarbeiten. Restlos gelang das indessen nicht, es kam wiederholt zu sehr langen Debatten so insbesondere bei der Beratung der Wohnungsluxussteuer, wobei die Aussprache mitunter sogar einen recht erregten Charakter annahm. Diese scharfen Auseinandersetzungen fanden sogar unter den Tribünenbesuchern Widerhall, deren Zahl ausnahmsweise stark war. Durch die langen Debatten aber wurde so viel Zeit in Anspruch genommen, daß schließlich die Blauenthaler Wassersache unerledigt blieb. Von den Stadtverordneten waren zu der Sitzung 21 anwesend, am Ratstische folgten den Verhandlungen sechs Ratsmitglieder. Den Vorsitz führte St.-V.-Vorsteher Frey. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Veranstaltung von rezitatorischen Vorträgen in den Volksschulen. Diese zu halten hat sich Frl. Wildfeuer Tochter des früheren Bezirksschulrates in Schwarzenberg erboten. Das Kollegium gab der Abhaltung dieser Vorträge seine Zustimmung und bewilligte die dafür erforderlichen Kosten von 720 Mark. Daraufhin wurde ein

Ausbau der Mädchenfortbildungsschule

beschlossen, und zwar soll den bestehenden zwei Jahresklassen eine dritte hinzugefügt werden, die dem Unterricht in Haushaltung, Kochen, Gesundheitspflege und dergl. dienen soll. Der Koch- und Haushaltungsunterricht soll in der dritten Mädchenschule (an der Gabelsbergerstraße) in den Räumen der ehemaligen Kriegsküche abgehalten werden. Die für Anschaffungen benötigten Kosten von rund 65 000 Mark wurden bewilligt. Auch erklärte sich das Kollegium damit einverstanden, aus der Gemeinde Auerhammer ab Ostern 1921 acht Mädchen zum Besuche der Mädchenfortbildungsschule in Aue zuzulassen, wofür die Gemeinde Auerhammer 540 Mark im Jahre zu entrichten hat.

Zum wiederholten Male war alsdann einer

Erhöhung der Strompreise

die Genehmigung zu erteilen, die unvermeidbar ist wegen des erneuten Anziehens der Kohlenpreise. Es soll Strom nunmehr kosten zu Lichtzwecken 2.50 Mk. (30 Pfg. mehr) und zu Kraftzwecken 2.00 Mk. (10 Pfg. mehr) die Kilowattstunde.

Ebenfalls wegen der erhöhten Kohlenpreise, ferner wegen der gestiegenen Lebensmittelpreise wurde eine Erhöhung der Verpflegsätze des städtischen Krankenhauses beschlossen, die bis zu 6 Mark täglich beträgt. Damit sind die Verpflegsätze denen des Bezirks- und Kreiskrankenstiftes angepaßt worden. — Eine längere Aussprache knüpfte sich an die Vorlage wegen Bewilligung eines

Darlehns für die gemeinnütz. erzgeb. Bauarbeiter-Prod.-Genossenschaft.

Dieses soll 50 000 Mark betragen, und Reich bezw. Staat wollen fünf Sechstel dieses Darlehens übernehmen, wenn die Stadt ein Sechstel davon trägt. Infolgedessen wird vorgeschlagen, der Genossenschaft 8300 Mark aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge als Darlehn zu gewähren. Hiergegen trägt St.-V. Justizrat Raabe Bedenken, weil es sich bei der Genossenschaft nicht um ein gemeinnütziges, sondern um ein privates Unternehmen handele. Diesen Bedenken tritt Bürgermeister Hofmann entgegen unter Hinweis auf die Satzungen der Genossenschaft während St.-V. Mehlhorn die Ansicht Justizrat Raabe's teilt. An der weiteren Aussprache beteiligten sich St.-V. Bär, St.-V. Schlembach, St.-V. Schreiber und Stadtrat Rettel, worauf die Bewilligung des Darlehns gegen die Stimme des St.-V. Mehlhorn beschlossen wird.

Der nächste Punkt der Tagesordnung zeigte mit dem vorhergehenden inneren Zusammenhang, er betraf die Bewilligung von Mitteln für die

Errichtung von zwei Wohngebäuden

an der Blücherstraße und Ernst-Papst-Straße. Der Bau beider Häuser war schon kürzlich beschlossen worden, die nunmehr angeforderten Mittel belaufen sich für das Haus Ernst-Papst-Straße 20 auf 250 000 Mark und für das Haus Blücherstraße 7 auf 200 000 Mark. Zu dieser Angelegenheit hatte Bürgermeister Hofmann eine längere Aufstellung angefertigt, aus der der Umfang der Wohnungsnot in Aue zu ersehen war, ferner der bisherige Aufwand der Stadt für die Wohnungsfürsorge, wie auch die zu erwartenden Einnahmen aus der Mietsteuer und der Wohnungsluxussteuer. Die Aufstellung kommt zu dem Schlusse: Bei gleichbleibenden Aufwendungen (insgesamt für 76 Wohnungen 1 100 000 Mark) werden mit den Erträgnissen der beiden Steuern im ganzen nach ungefähr 280 weitere vierräumige Wohnungen, insgesamt also gegen 360, hergestellt werden können, das ist etwa ⅓ des gegenwärtigen Wohnungsbedarfs. In diesen Wohnungen würde ein Einwohnerzuwachs von rund 1800—2000 Personen aufgenommen werden können. — Nach längerer Aussprache wurden die angeforderten Mittel in Höhe von zusammen 450000 Mark einstimmig bewilligt.